

Antrag

der Fraktion der CDU/CSU

Wertevermittlung, Erziehung und Gewaltprävention

Der Bundestag wolle beschließen:

Das Geschehen in Erfurt zwingt erneut zu einer Auseinandersetzung mit der Frage, ob in unserem Staat, in unserer Gesellschaft und den Familien unseres Landes die Verantwortung für Erziehung und Vermittlung von Werten und Wertebewusstsein ausreichend wahrgenommen werden. Die Auseinandersetzung mit dieser Frage ist für die Zukunft unseres Landes mindestens genauso bedeutsam wie die Auseinandersetzung mit den Ergebnissen der sog. PISA-Studie. Aus beidem ergibt sich die Notwendigkeit für ein neues und vertieftes Nachdenken über Bildung und Erziehung in unserem Land. Denn beide Vorgänge offenbaren aus unterschiedlicher Richtung tiefgreifende Krisenerscheinungen in unserem Erziehungswesen mit gravierenden gesellschaftlichen Folgen: Der in der PISA-Studie – wenn auch in regional unterschiedlicher Weise deutlich gewordene – Verlust von Bildung und Leistung aber auch das darüber hinaus offenbar gewordene Fehlen eines ganzheitlichen Bildungsbegriffs, und der vielerorts fehlende „Mut zur Erziehung“ haben zu diesen Krisenerscheinungen wesentlich beigetragen.

Daher fordert der Deutsche Bundestag:

- Die Diskussion über Schule, berufliche Bildung und akademische Ausbildung geht fehl, wenn sie nur technizistisch über Strukturen oder Methoden geführt wird. Sie muss vor allem wieder über Inhalte und Ziele geführt werden.
- Bildung, Erziehung und Ausbildung müssen wieder als Einheit begriffen werden. Unsere Bildungseinrichtungen vom Kindergarten bis zu den Universitäten haben nicht nur einen Bildungsauftrag, sie haben zugleich einen Erziehungsauftrag. Es darf in unserem Land nicht länger verdrängt werden, dass auch Erziehung eine Grundlage für Leistung und Erfolg ist. Bildung und Erziehung müssen dabei einen besonderen Akzent wieder auf die Bedeutung jener Bildungsinhalte legen, die den Menschen als kulturelles, geschichtliches, sittliches und transzendentes Wesen begreifen und die eine wertorientierte Persönlichkeitsbildung fördern.
- Die Bildungs- und Erziehungsziele, die in besonderer Weise zur Ausprägung von Werthaltungen und Wertebewusstsein beitragen, müssen inhaltlich wieder gestärkt werden. Dazu gehören nicht nur Religion, Philosophie und die Befassung mit ethischen Grundsatzfragen. Dazu gehört genauso eine Neuorientierung der politischen Bildung und Erziehung, die als Prinzip und Fach wieder eine staatsbürgerlich-integrative Funktion wahrnehmen und in der nachwachsenden Generation die Bereitschaft stärken muss, den großen gesellschaftlichen, sozialen, technologischen und kulturellen Wandel so zu ge-

stalten, dass unsere Gesellschaft von Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Ächtung jeder Gewaltanwendung geprägt ist.

Dazu gehören schließlich auch die musischen, historisch und literarisch orientierten Fächer, deren Potential für Werterziehung wieder ausgeschöpft werden muss.

- Dieser Bildungs- und Erziehungsauftrag muss sich in den Lehrplänen wieder sehr viel deutlicher niederschlagen. Bildungsinhalte und Bildungsziele sind wieder klar und eindeutig zu formulieren. Das schließt klar definierte und grundbildende Standards in allen Fächern ein. Die nach dem Geschehen von Erfurt lautgewordene Forderung, dass die Leistungsanforderungen noch weiter zurückgefahren werden sollen, ist angesichts des internationalen wie innerdeutschen Vergleichs unhaltbar und zeugt von einem fehlenden Verständnis von Bildung und Erziehung.
- Bildung und Erziehung müssen in Elternhaus, Schule, Hochschule, den Einrichtungen der beruflichen Bildung und in allen Bildungsinstitutionen wieder die Bedeutung der Eigenverantwortung und der Selbständigkeit für das eigene Leben, für das Leben anderer und für die Zukunft unserer Gemeinschaft und unseres Staates betonen.

Die Erziehung zur selbstbewussten Persönlichkeit und zum mündigen Menschen kann nur gelingen, wo in der Erziehung Maßstäbe vorgelebt und Werte vermittelt werden, die den jungen Menschen eine stabile Identität bieten und ihn zur Weltoffenheit und Neugierde führen.

- Zum Bildungs- und Erziehungsprozess müssen die Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Meinungen und Mentalitäten als Bestandteil eines sozialen Lernprozesses, das Aushaltenkönnen von Unterschiedlichkeit, Widersprüchen und Gegensätzen gehören. Bildung und Erziehung müssen Selbstvertrauen schaffen.
- Bildung und Erziehung heißt daher auch: den jungen Menschen deutlich machen, dass das Leben mehr ist und mehr bietet als Güterkonsum und privater oder beruflicher Erfolg. Hier die richtigen Maßstäbe zu setzen, bedarf der entsprechenden Einstellung der Eltern.
- Zur den konkreten Erziehungszielen müssen deshalb neben den häufig diskriminierten „Sekundärtugenden“ auch die Erziehung zum bürgerschaftlichen Engagement und die Erziehung zu Friedfertigkeit und Rechtstreue gehören. Die Schulen, Hochschulen, die Einrichtungen der beruflichen Bildung und der Elternhäuser müssen hierzu im Rahmen verbindlicher Regeln und Grenzen Orientierung und Sicherheit bieten.
- Erziehung heißt also auch Anleitung zur Selbstdisziplin und Disziplin im Umgang mit anderen. Ohne Disziplin gibt es keine Rücksichtnahme und Solidarität. Wo Disziplin und Selbstdisziplin nicht eingeübt und eingehalten werden, entsteht eine Unkultur der Rücksichtslosigkeit, des Egoismus und der Unfähigkeit zur Bewältigung großer Herausforderungen im Teamwork.
- Bei Verstößen, die auf Gewalt hinzielen oder in Gewalt enden, müssen auch junge Menschen erfahren, dass dies rasch, deutlich und eindeutig Konsequenzen nach sich zieht. Inkonsequenz, Wegschauen, „zu weiche“ Sanktionen sind eher Ermutigung zur Gewalt. Dies muss auch in der Lehreraus- und Fortbildung immer von neuem thematisiert werden.
- Jugendliche müssen in unserer Gesellschaft die Gewissheit erhalten, dass sie gebraucht werden. Sie müssen über Erfolge und Anerkennung Selbstwert entwickeln können. Erfolgserlebnisse stellen sich nur dort ein, wo individuelle Leistung erbracht werden kann und auch entsprechend gewürdigt wird. Dem wird nur ein differenziertes Schulangebot gerecht, das den Schwachen

nicht überfordert und den Starken nicht unterfordert und das bei der Integration von Ausländern und Aussiedlern zumindest auf entsprechenden Sprachkenntnissen aufbauen kann. Die Schulwahl muss mit einer realistischen Einschätzung der Fähigkeiten des Kindes verbunden sein.

- Schule muss über den Unterricht hinaus Lebensraum sein, der Anreize zum gemeinschaftlichen Tun und zur Übernahme von Verantwortung bietet. Die heute allgemein geforderte größere Eigenverantwortung der Einzelschule bis hin zur Lehrerauswahl und besonderen Profilbildung kann dazu einen weiteren positiven Beitrag leisten.
- Schul- und Klassengröße, Schulorganisation- und -ausstattung müssen das Gefühl der Anonymität verhindern. Sie müssen Identifikation mit und Verantwortungsbereitschaft für die Schule fördern. Dazu gehört eine entsprechende Personalausstattung ebenso wie geschulte Ansprechpartner, soweit es um das soziale Umfeld des Schülers geht.
- Die Lehrer müssen in der Ausbildung, im Alltag und in der Weiterbildung in die Lage versetzt werden, diesen Bildungs- und Erziehungsauftrag erfüllen zu können. Daher muss die Lehrerbildung konsequent Fachbeherrschung mit pädagogischer Kompetenz verbinden. Auftreten, Vorbild und Ethos des Lehrers sind für den Werterziehungsprozess von fundamentaler Bedeutung. Daher muss die Autorität des Lehrers nicht nur im politischen und öffentlichen Ansehen, sondern auch durch disziplinarische Möglichkeiten wieder gestärkt werden.
- Ganztagsangebote dürfen sich nicht auf reine Betreuung beschränken, sondern müssen den Bildungs- und Erziehungsauftrag fortführen.
- Für die Entwicklung von Kindern bleibt das Erziehungsverhalten der Eltern der bedeutendste soziale Faktor, nicht nur, aber vor allem für die Kinder bis zum 6. Lebensjahr. Vorschulische Erziehung und Bildung müssen daher einen höheren Stellenwert erhalten. Die Erziehungspflicht der Eltern ist immer wieder auch öffentlich einzufordern; dafür sind familienbildende Aktivitäten auszubauen.
- Mehr denn je bedarf es einer gezielten und systematischen Medienerziehung in Schule und Familie, die die Differenz zwischen virtueller und medialer Welt etwa in Bezug auf Verhalten und Sanktion verdeutlicht. Noch so gute Medienerziehung entbindet die Medien allerdings nicht von der Pflicht, ihre Angebote entsprechend zu gestalten, die Eltern nicht von der Pflicht, den Zugang zu kontrollieren, die Politik nicht von der Pflicht, dieses Angebot immer wieder zum Thema der politischen und gesellschaftlichen Debatte zu machen.

Berlin, den 2. Juli 2002

Friedrich Merz, Michael Glos und Fraktion

